

Unterbeschäftigung vollständig zu beschreiben. So werden bei beiden Konzepten Teilnehmer an AAMP-Maßnahmen nur teilweise bzw. überhaupt nicht berücksichtigt. Zudem fehlt beiden Konzepten die systematische Erfassung der „entmutigten“ Arbeitslosen, die wegen schlechter Arbeitsmarktlage die Suche nach einer Tätigkeit aufgegeben haben, in Zeiten einer höheren Arbeitsnachfrage jedoch wieder Arbeit anbieten werden.

Es gibt also kein besseres oder schlechteres Konzept zur Erfassung der Unterbeschäftigung, vielmehr muss je nach Fragestellung entschieden werden, welche Statistik verwendet wird. Die vermeintliche „Wahl“ zwischen den beiden Statistiken sollte jedoch nicht dazu verleiten, je nach Standpunkt die „genehme“ Statistik zu wählen.

Jan.Sauermann@iwh-halle.de

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Wer ist erwerbstätig, wer ist unterbeschäftigt?

Grenzen zwischen Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung zunehmend fließend

Das IWH erarbeitet seit Jahren regelmäßig eine Arbeitsmarktbilanz. Damit wird das Ziel verfolgt, Umfang und Struktur der Erwerbstätigkeit sowie der Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland aufzuzeigen sowie die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Erwerbstätigkeit und der Unterbeschäftigung²⁴ zu prognostizieren (vgl. Tabelle). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie sich die Zahl der *Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt* in Abgrenzung von der Zahl der *Erwerbstätigen im zweiten Arbeitsmarkt* entwickelt. Hinzu kommt, dass bei der Vielfalt von arbeitsmarktpoli-

tischen Programmen oftmals schwer zu diskriminieren ist, ob die Teilnehmer der einzelnen Maßnahme statistisch als erwerbstätig oder als arbeitslos gezählt werden oder gar aus beiden Statistiken „herausfallen“ und damit einer der vielen Formen der „sonstigen Unterbeschäftigung“ zuzurechnen sind. Für die fundierte Beurteilung der Arbeitsmarktlage und die Ableitung wirtschaftspolitischer Vorschläge ist es jedoch unumgänglich, ein statistisch exaktes Abbild von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in ihren vielfältigen Formen vorzulegen. Aus diesen Gründen wird am IWH seit über elf Jahren kontinuierlich an der Fortentwicklung der institutseigenen Arbeitsmarktbilanz gearbeitet.²⁵

Die Aufbereitung der amtlichen Arbeitsmarktstatistiken für die Arbeitsmarktbilanz des IWH hat von jeher eine Reihe von Erfassungs- und Zuordnungsproblemen hervorgerufen. Mit Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (HARTZ IV) treten nunmehr neue Probleme – und hier sogar bei der statistischen Erfassung der registrierten Arbeitslosigkeit – auf. Im Folgenden werden einige wichtige „alte“ wie auch „neue“, durch die Umsetzung von HARTZ IV entstandene Probleme bei der Darstellung von Erwerbstätigkeit und Unterbeschäftigung in der Arbeitsmarktbilanz des IWH kurz diskutiert.

²⁴ Unter Unterbeschäftigung wird dabei die registrierte Arbeitslosigkeit sowie die sonstige Unterbeschäftigung wie Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. verstanden. Letztere wird auch als *Stille Reserve in Maßnahmen* bezeichnet. Vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Kleinhenz, G. (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 250. Nürnberg 2002, S. 82. In das umfassendere Konzept der Unterbeschäftigung wird auch die *Stille Reserve im engeren Sinne* einbezogen. Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein sowie Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktsituation Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. AMTLICHE NACHRICHTEN DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2003, S. 51. Am IWH werden keine Untersuchungen zur *Stillen Reserve i. e. S.* durchgeführt. Bei der Berechnung der Unterbeschäftigung i. w. S. werden deshalb die Schätzungen der Stillen Reserve i. e. S. durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg übernommen. Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 295-300.

²⁵ Die erste umfassende Arbeitsmarktbilanz des IWH erschien im Jahr 1994. Vgl. SCHNEIDER, H. et al.: Arbeitsmarktperspektiven Ostdeutschlands bis zum Jahr 2010. IWH-Forschungsreihe 5/1994, S. 10.

Generelle Erfassungs- und Zuordnungsprobleme

Mit der Weiterentwicklung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums werden weniger bewährte arbeitsmarktpolitische Programme eingestellt und neue Programme initiiert. Diesen Veränderungen muss der Aufbau der IWH-Arbeitsmarkt看anz regelmäßig angepasst werden. Beispielsweise können durch Veränderungen in der statistischen Abgrenzung einzelner Größen in den Zeitreihen der einzelnen Komponenten „Brüche“ entstehen, sodass der intertemporale Vergleich mit früher veröffentlichten Bilanzen nicht mehr möglich ist.²⁶

Die Angaben zur Erwerbstätigkeit beruhen auf den Veröffentlichungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder. Dieser passt die vom Statistischen Bundesamt ermittelten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zur Erwerbstätigkeit auf die Bundesländer an. Zwischen der Bekanntgabe der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte für Deutschland und für die Länder entsteht damit ein mehr oder weniger großer time lag. Besonders gravierend erweist sich dies anlässlich der etwa aller fünf Jahre stattfindenden Revisionen des Zahlenwerkes der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Beispielsweise hat das Statistische Bundesamt Ende Februar dieses Jahres – rückwirkend bis 1991 – revidierte Daten zur Erwerbstätigkeit in Deutschland veröffentlicht, die für das Jahr 2004 um 381 000 Personen höher liegen als beim vorherigen Rechenstand.²⁷ Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung“, der kurz zuvor Daten zur Erwerbstätigkeit in den Bundesländern für das Jahr 2004 vorgelegt hatte, wird erst im späten Verlauf

²⁶ Vgl. Anmerkungen 1 bis 3 zur Arbeitsmarkt看anz. Zu beachten ist in dem Zusammenhang auch, dass seit einigen Jahren in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit Berlin der Großregion Ostdeutschland zugeordnet wird. Im Rahmen der Konjunktur- und Arbeitsmarktprognosen des IWH wird Berlin nicht Ostdeutschland zugerechnet. Die Ursache hierfür liegt darin, dass bei einem Vergleich von Kennziffern wie beispielsweise der Arbeitsproduktivität zwischen Ost- und Westdeutschland die Einbeziehung von Berlin zu einer Beschönigung der tatsächlichen Leistungskraft der neuen Bundesländer führen würde, da die gesamtwirtschaftliche Produktion von Berlin immer noch erheblich über der von Ostdeutschland liegt. Da für Berlin gesonderte Daten für viele Komponenten der Unterbeschäftigung nicht verfügbar sind, müssen aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit für Ostdeutschland geschätzte Werte für Berlin herausgerechnet werden.

²⁷ Vgl. auch Anmerkung 4 zur Arbeitsmarkt看anz.

dieses Jahres die Anpassung der Länderergebnisse an die neuen Eckwerte veröffentlichen, sodass bis dahin nur mit „veralteten“ Daten operiert werden kann oder durch eigene Schätzungen eine Anpassung der Länderwerte vorgenommen werden muss.

Statistische Effekte durch die Umsetzung von HARTZ IV

Die Umsetzung des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt beeinflusst die statistische Erfassung des Arbeitsgeschehens auf verschiedene Weise. Hierzu zählen insbesondere:²⁸

- Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird angehoben, da sich jeder erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger als arbeitssuchend bzw. arbeitslos melden muss, um das Arbeitslosengeld II zu erhalten. Der überwiegende Teil dieser Personen war aber bereits als arbeitslos registriert bzw. erwerbstätig. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosen resultiert jedoch daraus, dass sich bisher nicht arbeitslos registrierte Sozialhilfeempfänger, die arbeitsfähig sind, als arbeitslos melden müssen. Dies betrifft auch erwerbsfähige Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern, denen Arbeit zugemutet werden kann. Diese Personengruppe wurde bisher zur Stillen Reserve im engeren Sinne gerechnet.
- Mit der intensiveren Betreuung der Arbeitslosen durch die Bundesagentur für Arbeit, der weiterhin starken Inanspruchnahme der staatlichen Förderprogramme zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit sowie dem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente – insbesondere von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (1-Euro-Jobs) – wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen abgesenkt und die der Erwerbstätigen angehoben.
- Die Personen mit 1-Euro-Jobs werden generell nicht als arbeitslos registriert und gehen fortan in die Zahl der Erwerbstätigen ein. Von ihrer Stel-

²⁸ Im Folgenden werden nur die Faktoren angesprochen, die unmittelbar den Aufbau und die Aussagekraft der Arbeitsmarkt看anz des IWH beeinflussen. Über weitere arbeitsmarktstatistische Änderungen informieren in diesem Heft die Beiträge von SAUERMAN, J.: Registrierte Arbeitslosigkeit oder Erwerbslosigkeit: Gibt es *das* bessere Messkonzept? und BUSCHER, H.: Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

Tabelle:
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2001	2002	2003	2004
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 640	9 548	9 460	9 382
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 847	5 752	5 686	5 683
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)-(16)]	5 697	5 631	5 586	5 588
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	148	150	163	170
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 549	5 481	5 423	5 418
6	Pendlersaldo	-397	-398	-404	-397
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 244	6 150	6 090	6 080
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)-(16)]	6 094	6 029	5 990	5 985
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 946	5 879	5 827	5 815
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 713	1 736	1 711	1 683
11	<i>Arbeitslose</i>	1 259	1 274	1 317	1 302
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)+(22)]</i>	454	462	394	381
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	35	42	30	30
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	20	14	14
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	150	121	100	90
16	<i>I-Euro-Jobs</i>				5
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	125	120	81	55
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>	15	17	26	25
19	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	5	6	4	4
20	<i>Vorruheständler^d</i>	81	99	103	130
21	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	7	7	8
22	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	24	30	29	20
23	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(21)]	7 788	7 738	7 680	7 646
		in % (Inländerkonzept)			
24	Erwerbsbeteiligungsquote [(23)/(1)*100]	80,8	81,0	81,2	81,5
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	63,2	63,1	63,3	63,8
26	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	61,7	61,6	61,6	62,0
27	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,8	64,4	64,4	64,8
28	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(23)*100]	22,0	22,4	22,3	22,0
29	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)]/(10)*100}	75,5	75,8	78,7	79,1
30	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)]/[(7)+(11)+(13)]*100}	17,2	17,6	18,1	18,0
31	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)]/(23)*100}	7,7	7,9	7,3	7,2
		in Millionen Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(33)*(2)/1000]	8 988	8 729	8 638	8 621
		in Stunden			
33	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 537,2	1 517,4	1 519,2	1 517,0
		in 1 000 Personen			
34	Gemeldete Stellen	63,4	65,5	53,5	47,0
35	Offene Stellen insgesamt ^g	140	144	133	
		Personen			
36	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(34)*100]	27,0	26,5	32,0	35,8
37	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(35)*100]	12,2	12,1	12,9	

Tabellenerklärung:

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); ab 2003: einschließlich der durch PSA betreuten Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den Offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: Februar 2005); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH.

Anmerkungen:

1. Die IWH-Arbeitsmarktbilanz weist – rückwirkend ab dem Jahr 2000 – einige früher nicht erfasste Formen der Unterbeschäftigung nach. Außerdem werden die Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen nunmehr den direkten Eingliederungshilfen zugerechnet (Zeile 4). Die Vergleichbarkeit mit früher veröffentlichten Arbeitsmarktbilanzen ist daher eingeschränkt. Zur Methodik vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; HARDT, G.; SCHULTZ, B.: Neue Arbeitsmarktbilanz: Mehr Transparenz von arbeitsmarktpolitischen Eingriffen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 10/2002, S. 313-317.
2. Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen künftig separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfasst.
3. Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ enthalten.
4. Im Februar 2005 wurden seitens des Statistischen Bundesamtes rückwirkend bis 1991 neue und höhere Erwerbstätigenzahlen veröffentlicht. Die Neuberechnung ist Teil einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die turnusmäßig in mehrjährigen Abständen durchgeführt wird. Die Veröffentlichung des kompletten, neu berechneten Datensatzes der VGR ist für Ende April dieses Jahres angekündigt. In der oben stehenden Arbeitsmarktbilanz sind die Angaben zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsvolumen enthalten, die im Januar 2005 vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Ländern vorgelegt wurden und die noch auf dem vorletzten Rechenstand der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes beruhen.
5. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH werden einige Personengruppen, die nicht zu den Erwerbstätigen im ersten Arbeitsmarkt zählen und Formen der Unterbeschäftigung zuzurechnen sind, bisher nicht einbezogen, da gegenwärtig ihre statistische Erfassung bzw. ihre Zuordnung Probleme bereitet. Zu diesen gehören beispielsweise die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger, die im Zuge der Umsetzung von HARTZ IV nunmehr als Arbeitslose registriert werden, oder die Jugendlichen in außerbetrieblicher Ausbildung.

lung zum ersten Arbeitsmarkt her müssen diese Personen jedoch den Unterbeschäftigten zugeordnet werden, da ohne staatliche Beschäftigungsprogramme diese Jobs größtenteils nicht entstanden wären.²⁹ Analog zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind diese Personen dem zweiten Arbeitsmarkt zuzuordnen.

- Ein Teil der früheren Arbeitslosenhilfeempfänger, der wegen der verstärkten Anrechnung von Einkommen von Haushaltsangehörigen ab Januar 2005 kein Arbeitslosengeld II erhält, dürfte seine Arbeitslosmeldung nicht mehr erneuern. Statistisch wären diese Personen dann der Stil-

len Reserve im engeren Sinne zuzurechnen. Der Personenkreis dürfte jedoch gering sein, da viele Personen insbesondere zur Sicherung von Rentenansprüchen ihre Arbeitslosmeldung aufrecht erhalten.

- Und schließlich wird die Statistik der offenen Stellen dahingehend modifiziert, dass fortan auch freie 1-Euro-Jobs zu den offenen Stellen gezählt werden.

Fazit

Mit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist eine Modifikation der statistische Abbildung des Arbeitsmarktgeschehens in der Arbeitsmarktbilanz

²⁹ Siehe Zeile 16 in der Arbeitsmarktbilanz.

des IWH notwendig: 1-Euro-Jobs werden nunmehr als eigenständige Komponente der sonstigen Unterbeschäftigung ausgewiesen.³⁰ Zudem ist ab dem Jahr 2005 insbesondere bei den registrierten Arbeitslosen aufgrund der generellen Meldepflicht der früheren arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger mit einem Bruch in der Zeitreihe zu rechnen. Auch die Zahl der Erwerbstätigen wird durch den Anstieg der 1-Euro-Jobs beeinflusst werden. Die Kon-

sequenzen, die sich ex-ante für die Entwicklung insbesondere der registrierten Arbeitslosen und der Erwerbstätigen ergeben werden, können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht seriös abgeschätzt werden, sodass in der Arbeitsmarktbilanz für Ostdeutschland vorerst nur der Ex-post-Zeitraum bis 2004 ausgewiesen wird.

Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de

Wer ist arbeitslos, wer ist Leistungsbezieher?

Wer bis einschließlich Dezember 2004 etwas über die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wissen wollte, sah in den entsprechenden Veröffentlichungen der Bundesagentur für Arbeit nach und informierte sich über die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Personen, die in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingebunden sind, die Vermittlungen etc. Seit Januar 2005 hat sich diese Welt geändert.³¹ Wer die Tabellen im Monatsbericht „Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Januar 2005“ studiert, ist zunächst einmal verwirrt. Neben den 5,037 Millionen registrierten Arbeitslosen für den Januar werden insgesamt 6,16 Millionen Personen als Empfänger von Arbeitslosengeld I (ALG I) bzw. Arbeitslosengeld II (ALG II) gemeldet, darunter wiederum 4,21 Millionen Personen, die arbeitslos sind und einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB III bzw. SGB II haben.³² Weitere 1,52 Millionen Personen sind als Bezieher von Sozialgeld ausgewiesen. Und schließlich, von den 5,61 Millionen Personen, die in den 2,94 Millionen Bedarfsgemeinschaften leben, gelten 1,66 Millionen als ALG II-Empfänger, ohne als arbeitslos gezählt zu werden.

³⁰ Ebenda.

³¹ Zusätzlich ist zu erwähnen, dass ab 2005 die Arbeitslosenzahlen auch vom Statistischen Bundesamt erhoben werden. Für diese Statistik gilt das Konzept, wie es von der International Labour Organisation (ILO) entwickelt wurde. Für Details dieses Ansatzes siehe den Beitrag von Jan Sauer mann in diesem Heft.

³² Die soziale Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland ist überwiegend in den zwölf Büchern des Sozialgesetzbuches (SGB) geregelt. Im zweiten Buch (SGB II) werden die gesetzlichen Regelungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende formuliert, und im SGB III wird die Arbeitsförderung geregelt.

Arbeitslosigkeit in der ökonomischen Theorie

Wünschenswert wäre eine Statistik des Arbeitsmarktes, die mit der ökonomischen Sicht der Arbeitslosigkeit übereinstimmen würde. Dieser Anspruch ist jedoch im günstigsten Fall nur teilweise einlösbar. Als Beispiel mag hierfür die nach dem ILO-Konzept erhobene Arbeitslosigkeit dienen, wie sie vom Statistischen Bundesamt seit 2005 erhoben wird. Allerdings liefert diese Statistik nur Schätzwerte und keine exakten Zahlen, und sie steht nicht in der notwendigen Untergliederung zur Verfügung, wie die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Daten.

Im Wesentlichen gibt es aus makroökonomischer Sicht zwei Ansätze Arbeitslosigkeit zu erklären. Hierbei ist die neoklassische Sicht die einfachste. Ist eine arbeitslose Person nicht bereit zum herrschenden Reallohn eine Arbeit anzunehmen, dann ist sie freiwillig arbeitslos. Arbeitslosigkeit entsteht hier dadurch, dass der so genannte Reservationslohn des Arbeitsanbieters über dem (gleichgewichtigen) Marktlohnsatz liegt und es somit nicht zu einem Ausgleich von Arbeitsangebot und -nachfrage kommt. Die alternative Sicht ist keynesianischen Ursprungs und geht von der Existenz unfreiwilliger Arbeitslosigkeit aus. Als unfreiwillig arbeitslos gelten Arbeitssuchende, die bereit sind, zum herrschenden Reallohn eine Arbeit aufzunehmen, aber keine Arbeit finden. Im Gegensatz zum neoklassischen Ansatz, der vorwiegend von der Arbeitsangebotsseite her kommt, stellt die keynesianische Variante auf die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ab. Allerdings ist keiner dieser beiden Ansätze geeignet, die in Deutschland existierende Arbeitslosigkeit zufriedenstellend zu erklären.